

Polizei in Schulen– wir müssen draußen bleiben?

München, 18. Mai 2018 – Auf Unverständnis stößt die Ablehnung der Aufklärungsarbeit der Polizei in Schulen über das Polizeiaufgabengesetz durch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bei Rainer Nachtigall, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Nachtigall glaubte, dass die tradierten Polizeifeindbilder in Reihen von Pädagogen längst überwunden seien. Vorurteilsbehaftete pauschale Ablehnungen sind nach seiner Ansicht kein Aushängeschild für Bildungsverantwortliche.

„Polizeibeamtinnen und –beamte arbeiten in den letzten Jahren an vielen Stellen vertrauensvoll mit Schulen und Pädagogen zusammen, wie bei der Beratung zur Erstellung von Sicherheitskonzepten bei Amoktaten, in der Drogenprävention oder in der Verkehrssicherheitsarbeit bzw. -schule. Auch in Sicherheitspartnerschaften in den Kommunen ist die Polizei als kompetenter Ansprechpartner geschätzt. Die Polizei leistet sich trotz schwierigster Personalsituation die nicht-etatisierte Funktion zahlreicher Schulverbindungsbeamter.“

Die Aussage des GEW-Landesvorsitzenden Salzbrunner, auch noch Polizisten in die Schule zu schicken, ginge gar nicht, ist für die DPoIG nicht akzeptabel und zeigt, dass die Einstellung Salzbrunners zur Polizei im Wahrsten Sinne des Wortes „old school“ ist.

„Polizisten sind nicht „persona non grata“, stellt Nachtigall fest, „auch nicht in Schulen! Unsere Kolleginnen und Kollegen haben in all ihren Tätigkeiten in bzw. mit Schulen bewiesen, dass sie sachlich, fachlich hochqualifiziert und neutral ihre Arbeit leisten.“

Als DPoIG sind wir davon überzeugt, dass dies auch dann der Fall sein wird, wenn Kolleginnen und Kollegen über die praktische Anwendung ihrer Befugnisse und deren Auswirkungen auf Bürger und sich selbst informieren. „Wahlkampf betreiben andere, sicher nicht unsere Kolleginnen und Kollegen“, so Nachtigall.

Über das jeweilige Format dieser Veranstaltungen wird im Zusammenwirken von Schule und Polizei zu reden sein. Die authentische Darstellung der Polizeiarbeit durch erfahrende Polizeibeamtinnen und –beamte ist auch aus Sicht der DPoIG eine Chance für die politische Bildung. „Die letzten Wochen zeigen ja, dass die Diskussion über das neue PAG Schüler und Studenten erreicht hat. Von dort aus werden Protestaktionen und Petitionen organisiert.“

